Austrian Centre for Peace
SCHLAINING · VIENNA

BROT, FREIHEIT, SOZIALE GERECHTIGKEIT?

POLITISCHE STABILITÄT, AUTORITARISMUS UND GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE IN ÄGYPTEN UND TUNESIEN, 15 JAHRE NACH DEN ARABISCHEN UMBRÜCHEN

AUSTRIAN CENTRE FOR PEACE POLICY BRIEF, NO. 2/2026

Autor

Adham Hamed ist Politikwissenschaftler, Friedens- und Konfliktforscher sowie Mediator. Er leitet die Forschungsabteilung des Austrian Centre for Peace (ACP) und lehrt Internationale Beziehungen an der Universität Wien. Seine Arbeit verbindet wissenschaftliche Forschung und Dialogförderung mit einem regionalen Schwerpunkt auf dem Nahen Osten und Nordafrika. Zuvor war er unter anderem im deutschen Auswärtigen Amt tätig, wo er maßgeblich für die Entwicklung der Hannah-Arendt-Initiative verantwortlich war, eines Schutzprogramms der Bundesregierung für Journalist*innen und Medienschaffende in Krisen und Konflikten. https://adhamhamed.com | hamed@ac4p.at

AUSTRIAN CENTRE FOR PEACE POLICY BRIEF, NO. 2/2026

Zitierempfehlung: Hamed, Adham, „Brot, Freiheit, soziale Gerechtigkeit? Politische Stabilität, Autoritarismus und gesellschaftliche Teilhabe in Ägypten und Tunesien, 15 Jahre nach den arabischen Umbrüchen", Austrian Centre for Peace Policy Brief, Nr. 2/2026. DOI: https://doi.org/10.66319/a6s835sd

Unterstützt durch:

Land Burgenland

cpdc

Impressum

Austrian Centre for Peace (ACP)
Rochusplatz 1, 7461 Stadtschlaining, Austria, *ZVR: 074731184*
Phone: +43 3355 2498, Fax: +43 3355 2662, E-Mail: ac4p@ac4p.at
www.ac4p.at | acp_schlaining | ACP.Schlaining | acpschlaining

Titelbild: Mariam Soliman, *Man holding Egyptian flag during the 2011 Egyptian Revolution*, 9 February 2011, via Wikimedia Commons, CC BY-SA 2.0. Zugeschnitten und bearbeitet von Austrian Centre for Peace.

Abstract

Fünfzehn Jahre nach dem arabischen Frühling stehen Ägypten und Tunesien für zwei unterschiedliche politische Entwicklungspfade: autoritäre Konsolidierung nach einer Phase von politischen Umbrüchen in Ägypten und autoritärer Rückbau nach einer Phase demokratischer Öffnung in Tunesien. Gemeinsam ist beiden Fällen, dass die zentralen Forderungen der Proteste von 2010 und 2011 – „Brot, Freiheit und soziale Gerechtigkeit" – weitgehend unerfüllt geblieben sind. Wachsende soziale Ungleichheit, Kaufkraftverluste, eingeschränkte politische Teilhabe, mangelnde Perspektiven für soziale Mobilität und zunehmend begrenzte zivilgesellschaftliche Räume prägen weiterhin die gesellschaftliche Lage.

Österreich und die Europäische Union sollten kurzfristige Ruhe, Kooperationen in sicherheits- und migrationspolitischen Fragen sowie Investitionschancen nicht mit nachhaltiger Stabilität verwechseln. Diese Themen bleiben wichtig, müssen jedoch konsequent an Menschenrechtsstandards, rechtsstaatliche Institutionen, politische Teilhabe, soziale Mobilität und lokale Konfliktbearbeitung gekoppelt werden. Eine langfristig tragfähige Nordafrikapolitik setzt voraus, Stabilität als Ergebnis gesellschaftlicher Teilhabe, institutioneller Legitimität und sozialer Perspektiven zu verstehen – nicht allein als Abwesenheit offener Konflikte.

1. EINLEITUNG

Die Bilder junger protestierender Menschen im tunesischen Sidi Bouzid und am Tahrir-Platz in Kairo gingen 2011 um die Welt. Das Erwachen einer heterogenen Zivilgesellschaft, welche in den autoritären nordafrikanischen Staaten bis dahin nur sehr begrenzt und innerhalb eines staatlich eng definierten Rahmens agieren konnte, wurde von arabischen wie internationalen Beobachter*innen als Aufbruch in eine neue Epoche gefeiert. Bei unterschiedlichen Verläufen gelang es den Protestbewegungen sichtbare politische Veränderungen herbeizuführen. Leitend war dabei eine wiederkehrende Forderung, in der sich die allermeisten Protestierenden wiederfanden: der Ruf nach „Brot, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit".

In beiden Staaten kam es zum Sturz der Machthaber. Der tunesische Präsident Zine el-Abidine Ben Ali setzte sich noch im Jänner 2011 ins saudiarabische Exil ab. Der ägyptische Langzeitpräsident Hosni Mubarak trat im Februar zurück. Anschließend wurde er strafrechtlich verfolgt und zeitweise in Haft genommen. Die auf diese Umstürze folgende Phase war durch unterschiedliche Formen von Versuchen der Demokratisierung und Partizipation geprägt. Kurz- und mittelfristig stellten sich dabei teilweise demokratische Erfolge ein. Langfristig hingegen sind weitreichende Rückschläge hinzunehmen. Die Hoffnungen der Protestierenden, wie auch vieler Beobachter, zerschlugen sich. Diese Entwicklungen vollzogen sich unter schwierigen innenpolitischen wie internationalen Rahmenbedingungen: bewaffnete Konflikte in der Region, die Mobilisierung jihadistischer und anderer nichtstaatlicher bewaffneter Akteure, fortwährende wirtschaftliche Krisen und erhebliche reale Kaufkraftverluste breiter Teile der Bevölkerung. In aktuellen Analysen bleiben dabei jene Faktoren oftmals unterbeleuchtet, die ab Ende 2010 zu Massenprotesten und Destabilisierung der Region geführt hatten: wachsende soziale Ungleichheit, hohe Jugendarbeitslosigkeit und das Verschwinden von Perspektiven für soziale Mobilität – also Möglichkeiten durch Zugang zu Bildung, Arbeit und Kultur die eigene sozioökonomische Position in der Gesellschaft zu verbessern.

In den eineinhalb Jahrzehnten seit 2011 hat sich die europäische Nachbarschaftspolitik gegenüber Nordafrika erheblich gewandelt. Grob kann die Zeit in drei Phasen unterteilt werden: eine erste Solidaritätsphase ab 2011, geprägt von einer Suche nach neuen Partnern und der strukturellen Förderung der Zivilgesellschaft; eine zweite Phase ab Mitte der 2010er-Jahre, in der migrations- und sicherheitspolitischen Prioritäten zunehmend in den Vordergrund traten; drittens eine Phase der Rückkehr zu stabilitätsorientiertem Pragmatismus, in welcher vielfach eine Priorisierung von sicherheits-, migrations- und wirtschaftspolitischen Interessen und Stabilität vor Fragen nach innerer politischer Verfasstheit stattfindet.

2. TUNESIEN: DIALOG, REFORMEN, AUSHEBELUNG DER GEWALTENTEILUNG

Im durch starke Gewerkschaften geprägten Tunesien wurde, angestoßen durch die Proteste von 2010 und 2011 und durch die anhaltende Debatte über die Notwendigkeit politischer Veränderungen, 2013 ein Nationales Dialogquartett gebildet, bestehend aus der einflussreichen Gewerkschaft *Union Générale Tunisienne du Travail* (UGTT), dem Arbeitgeberverband *Union Tunisienne de l'Industrie, du Commerce et de l'Artisanat* (UTICA), der Tunesischen Liga für Menschenrechte und der Tunesischen Anwaltskammer. Dem Quartett gelang es, Kernanliegen der Protestbewegung aufzugreifen und in Reformen zu übersetzen. Maßgeblich war die Verabschiedung einer progressiven Verfassung durch die verfassungsgebende Nationalversammlung 2014. Sie schuf ein semipräsidentielles System und stärkte im Vergleich zum autoritären Vorgängersystem die Gewaltenteilung, betonte Gleichheitsprinzipien wie Religions- und Gewissensfreiheit und Gleichberechtigung von Männern und Frauen und garantierte umfassenden Schutz von Grund- und Freiheitsrechten. Tunesien erhielt für diesen Reformkurs breite internationale Anerkennung und dem Quartett wurde 2015 der Friedensnobelpreis verliehen.

In den Folgejahren wurden mehrere freie Wahlen abgehalten. Nachdem es im Kontext der COVID-Pandemie zu landesweiten Protesten kam, setzte der 2019 gewählte Präsident Kaïs Saïed den Premierminister am 25. Juli 2021 ab und suspendierte das Parlament. Die 2022 in einem Referendum angenommene Verfassung stärkte die Position des Präsidenten erheblich und schwächte die Gewaltentrennung nachhaltig. Zivilgesellschaft und Opposition sehen sich seitdem zunehmenden Repressionen ausgesetzt. Grund- und Menschenrechte sowie Pressefreiheit werden seither erheblich eingeschränkt. Die Reformen der 2010er-Jahre werden somit weitgehend aufgehoben.

Tunesien kämpft weiterhin mit schwachem Wirtschaftswachstum, hoher Arbeitslosigkeit, welche insbesondere junge Menschen betrifft, und erheblichen sozialen Ungleichheiten. Aufgrund einer hohen Staatsverschuldung, eines hohen öffentlichen Lohnsektors und begrenzten volkswirtschaftlichen Handlungsspielräumen ist die Fähigkeit zu wirtschaftlichen Reformen maßgeblich eingeschränkt.[1] Die Konsolidierung des autoritären Kurses von Präsident Kaïs Saïed beseitigt die strukturellen Risiken für langfristige Stabilität nicht. Schwaches Wirtschaftswachstum, hohe Jugendarbeitslosigkeit, soziale Ungleichheit und eingeschränkte zivilgesellschaftliche Freiheitsräume bestehen fort. Damit bleibt die langfristige Entwicklungsperspektive jenes Landes, in dem Ende 2010 die Proteste des Arabischen Frühlings begannen, höchst unsicher.

1 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, „Tunesien – politische Situation: Der fragile Transitionsprozess seit 2011", 2024, URL: https://www.bmz.de/de/laender/tunesien/politische-situation-10054, letzter Zugriff: 18. September 2026.

3. ÄGYPTEN: FREIE WAHLEN, UMSTURZ, RÜCKKEHR ZUM AUTORITARISMUS

In Ägypten wurden 2012 Präsidentschaftswahlen abgehalten, allerdings mit wenig politischer Vorbereitung. So fanden die Wahlen zwar formal frei statt, jedoch waren Persönlichkeiten, welche aus der Protestbewegung hervorgingen, kaum oder nur bedingt mit den notwendigen Strukturen und Ressourcen ausgestattet, um einen gesamtstaatlichen Wahlkampf zu führen. So kamen aus einem Kreis von zunächst 12 Kandidaten Ahmed Shafiq, ein Vertreter des alten Regimes, sowie der Muslimbruder Mohamed Morsi, ein Kandidat der seit Jahrzehnten größten islamistischen Oppositionsbewegung, in die Stichwahl. Diese wurde schließlich knapp von Morsi gewonnen. Somit stellte die seit 1928 existierende Muslimbruderschaft erstmals das Staatsoberhaupt – eine beachtliche Ausnahme zum über 80-jährigen Pfad der teilweisen Illegalität. Die Zuspitzung der Stichwahl kann als ein Wendepunkt in Ägypten nach 2011 betrachtet werden. Mit ihr war der Pluralismus der Anfangsphase des Umbruchs einer anhaltenden Polarisierung gewichen.

Die Präsidentschaft von Morsi führte zu zunehmendem Unbehagen und Protest seitens Teilen der Zivilbevölkerung. Als rund um den 30. Juni 2013 – dem ersten Jahrestag von Morsis Amtsantritt – Massenproteste gegen den Kurs der Muslimbrüder stattfanden, entschied sich das ägyptische Militär dafür, einen Umsturz von oben herbeizuführen, unter dem Vorwand der Verbrüderung mit den Protestierenden. Der in der Politikwissenschaft breit vertretenen Kritik, es handle sich dabei um einen Militärputsch, wurde mit Härte – Verhaftungen und teils langjährigen Haftstrafen – begegnet.

2014 folgten Präsidentschaftswahlen – unter weitaus repressiveren Bedingungen, in welchen Abdel Fattah al-Sisi zum neuen Staatsoberhaupt gewählt wurde. Zugleich wurden Räume für kritische Zivilgesellschaft und die Opposition wie auch für Medien- und Pressefreiheit rapide eingeschränkt. Durch eine massive Repressionskampagne wurden schließlich die Handlungsräume so eng, dass Protest sich schlicht nicht mehr lohnte – zu schwerwiegend waren die möglichen Konsequenzen. Viele Aktivist*innen, Journalist*innen und Medienschaffende fanden sich in Gefängnissen wieder. Schrumpfende Handlungsspielräume für Zivilgesellschaft, Opposition und unabhängige Medien prägten die Phase bis Ende der 2010er-Jahre, gefolgt von einer Konsolidierungsphase autoritärer Herrschaft, all dies unter erheblichem ökonomischem Druck und unter billigender Inkaufnahme eines rapiden sozioökonomischen Auseinanderdriftens der Gesellschaft, in welcher sich die Perspektivlosigkeit junger Menschen weiter verstärkte.

In Ägypten steht das Militär nunmehr offen als Akteur in der ersten politischen und wirtschaftlichen Reihe. Hatte es schon seit 1952 maßgebliche sicherheits- und wirtschaftspolitische Fäden in der Hand, tritt es seither viel aktiver und

dominanter als handelnder Akteur auf. Dies bedeutet eine Rückkehr zu einem jahrzehntelangen Pfad ägyptischer Politik und dessen Verstärkung, verbunden mit dem Verbot der Muslimbruderschaft als terroristische Organisation und weitreichenden Einschränkungen oppositioneller Handlungsspielräume. Im Falle abermaliger großflächiger Proteste würde eine weitaus härtere Konfrontation mit der Bevölkerung drohen. Kam es 2011 am Tahrir-Platz zu harten Zusammenstößen zwischen den Demonstrierenden und der Polizei, wurde zugleich die „unzertrennliche Einheit" zwischen Demonstrierenden und Militär gefeiert. Dies garantierte letztlich eine Kontinuität von Staatlichkeit, trotz des augenscheinlichen kurzfristigen Kontrollverlustes während der Proteste. Im Falle von neuerlichen Protesten droht nunmehr eine noch härtere Konfrontation, auch mit dem Militär.

4. EUROPÄISCHE NORDAFRIKA-POLITIK: ZWISCHEN WERTEGELEITETER AUSSENPOLITIK UND PRAGMATISMUS

Nordafrikanische Regierungen waren in Europa bis 2011 gern gesehene – weil berechenbare – Partner europäischer Außenpolitik. Prioritäten lagen auf wirtschaftlichen Beziehungen, Migrationskontrolle, Energiefragen – und im Nachgang zu den Anschlägen vom 11. September 2001 auch zunehmend in der Terrorismusbekämpfung. Geleitet von einem anhaltenden Optimismus des europäischen Integrationsprozesses wurden verschiedene Formen von Kooperationen geschaffen. 2008 wurde etwa die Union für den Mittelmeerraum gegründet. Die innere Verfasstheit der nordafrikanischen Staaten blieb dabei in der Regel ein nachgeordnetes Thema. Ihre autoritären Ordnungen betrachteten europäische Akteure vielfach als stabil und berechenbar.

Die Ereignisse von 2011 führten jedoch zu einer Neubewertung der Beziehungen und zu Anpassungen in der EU-Außenpolitik. Dies umfasste die gezielte Förderung von Zivilgesellschaft, Demokratie und Menschenrechten. Gleichwohl blieb diese Politik nicht frei von Widersprüchen, welche sich in einem Spannungsverhältnis zwischen pragmatischen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen auf der einen und wertegeleiteten Interessen mit Blick auf Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratisierung auf der anderen Seite auftun. Während die Verfolgung beider Ansprüche als Paradoxon der Gleichzeitigkeit erscheinen mag, liegt genau in dem Brückenschlag zwischen unterschiedlichen Interessenfeldern der konkrete außenpolitische Mehrwert für Europa. Kurzfristige Ruhe in Staaten der Region darf nicht mit langfristiger Stabilität verwechselt werden. Um letztere zu erzielen, gilt es jedoch, sich die Kernanliegen der arabischen Protestbewegung – den Ruf nach „Brot, Freiheit und soziale Gerechtigkeit" – in Erinnerung zu rufen und daraus konkretes politisches Handeln abzuleiten. Andernfalls läuft europäische Außenpolitik Gefahr, durch den Rückfall

in alte Muster, die Ruhe vor dem Sturm mit Stabilität zu verwechseln.

5. EMPFEHLUNGEN

Für die strategische Ausrichtung österreichischer und europäischer Nordafrikapolitik mag einerseits eine Rückkehr zur Gestaltung der Beziehungen von vor 2011 naheliegend erscheinen. Zwar sieht man sich in Ägypten und Tunesien mit autokratischen Systemen unterschiedlicher Ausprägung konfrontiert. Allerdings werden die Staaten in einer sicherheits- und migrationspolitisch geprägten Debatte als Stabilitätsanker für den Mittelmeerraum und insofern als logische und vermeintlich alternativlose Partner begriffen. Andererseits besteht ein zentrales Handlungsfeld in der beharrlichen Koppelung außen-, wirtschafts- und sicherheitspolitischer Kooperationen an die Wahrung von Menschenrechtsstandards sowie in der Priorisierung politischer Partizipation und sozialer Mobilität. Während Österreich und die Europäische Union durch zahlreiche internationale Abkommen zur Wahrung von Menschenrechtsstandards verpflichtet sind, ist die Förderung von politischer Partizipation und sozialer Mobilität zunächst eine Frage politischer Prioritätensetzung und Werte.[2] Kurzfristig mag sich hieraus wenig konkreter außenpolitischer Mehrwert ableiten lassen. Mittel- und langfristig allerdings scheint es unumgänglich, auch die Lehren aus den Ereignissen der arabischen Umbrüche von Ende 2010 und 2011 abzuleiten. Die Eruption von Protesten kam unerwartet, jedenfalls war sie in dieser Heftigkeit und Breite nicht antizipiert worden. Über die Ursachen wissen wir heute jedoch, dass Forderungen nach einem würdevollen Leben, sozialer und wirtschaftlicher Sicherheit, einem verlässlichen Rechtsstaat, Freiheit und nach sozialer Gerechtigkeit handlungsleitend waren.

Folgende Punkte sollten in der Ausrichtung der österreichischen und europäischen Nordafrika-Politik Berücksichtigung finden:

1. Stabilität breiter definieren und operationalisieren: Nordafrikanische Staaten sollten nicht als bloße „Blackboxes" betrachtet werden, welche kurzfristige sicherheits-, migrations- und wirtschaftspolitische Interessen bedienen. Vielmehr zeigt ein Blick auf die Protestbewegungen von 2011, dass ein wichtiger Stabilitätsanker in der kontinuierlichen Befassung mit der inneren Verfasstheit nordafrikanischer Gesellschaften liegt. Eine der zentralen Lehren der damaligen Proteste lautet, dass langfristige Stabilität sowohl von der Wahrung von Freiheitsrechten als auch vom realen Vorhandensein sozialer Mobilitätschancen abhängt. Die Afrikastrategie der Bundesregierung 2026–2029 sieht gesamtstaatliche Lagebilder

2 Siehe hierzu auch: Nationalratsentschließungsantrag „Förderung von Stabilität und Partnerschaft in einer aktiven, österreichischen Außenpolitik" (690/A(E) XXVIII. GP), Wien, Österreichisches Parlament, 2025, URL: https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVIII/A/690/fname_1735841.pdf, letzter Zugriff: 22. September 2026.

und Risikoanalysen vor.[3] Diese sollten Stabilitätsfaktoren wie soziale Ungleichheit, Perspektiven und soziale Mobilität junger Menschen, politische Partizipation und zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume einbeziehen.

2. Österreichs spezifischen Mehrwert innerhalb der EU nutzen: Österreich agiert im Nahen Osten als integraler Bestandteil der Europäischen Union und ihrer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Maßgebliche Referenzpunkte für österreichisches Handeln sind die Strategische Partnerschaft mit Ägypten, die regelmäßige Konsultationen auf Regierungsebene vorsieht und ein Bekenntnis zu Demokratie, Grund- und Menschenrechten enthält[4] sowie die Vereinbarung zwischen der EU und Tunesien über die Umsetzung des *Comprehensive Partnership Package*[5]. Letzteres enthält ein Bekenntnis zum vollen Respekt für Menschenrechte in migrationspolitischen Fragen. Beide Dokumente stellen europäische Referenzpunkte für österreichisches bilaterales Handeln dar.

3. Möglichkeiten im Rahmen des VN-Sicherheitsrates nutzen: Österreich sollte seinen nichtständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat 2027 und 2028 dafür nutzen, Positionen zu Nordafrika eng mit EU-Partnern abzustimmen. Zugleich sollte dies auch als Möglichkeit begriffen werden, dort, wo eigene Interessen und Menschenrechtsstandards dies erlauben, als Vermittler nordafrikanischer Interessen zu agieren. Diese Konstellation macht Österreich zu einem Partner mit potenziellem außenpolitischem Hebel für nordafrikanische Staaten. Eine konsequente Koppelung von österreichischem und europäischem Engagement an Menschenrechtsagenden würde sich in die bewährte österreichische Linie einreihen.

4. Sicherheits- und Migrationskooperationen menschenrechtlich absichern: Sicherheits- und migrationspolitische Kooperation sollte an überprüfbare menschenrechtliche Standards, Transparenzanforderungen und Monitoringmechanismen geknüpft werden. Dies folgt nicht nur aus zahlreichen internationalen Verträgen, zu denen sich Österreich verpflichtet hat, sondern auch aus der Afrikastrategie der Bundesregierung. Diese sieht eine „strategische Partnerschaft auf Augenhöhe" vor und verknüpft werte- und interessengeleitete Zusammenarbeit mit einem klaren „Bekenntnis zu Menschenrechten, Demokratie und der regel-

3 Bundeskanzleramt, „Afrikastrategie 2026–2029", Wien, Bundeskanzleramt, 2026, URL: https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:cacf4d21-7abd-4411-bdbf-215e7fa63760/55_10_beilage.pdf, letzter Zugriff: 22. September 2026.

4 Europäische Kommission, „Joint Declaration on the Strategic and Comprehensive Partnership between the Arab Republic of Egypt and the European Union", Brüssel, Europäische Kommission, 2024, URL: https://enlargement.ec.europa.eu/news/joint-declaration-strategic-and-comprehensive-partnership-between-arab-republic-egypt-and-european-2024-03-17_en, letzter Zugriff: 22. September 2026.

5 Europäische Kommission, „The European Union and Tunisia: political agreement on a comprehensive partnership package", Brüssel, Europäische Kommission, 2023, URL: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/document/print/en/statement_23_3881/STATEMENT_23_3881_EN.pdf, letzter Zugriff: 22. September 2026.

basierten internationalen Ordnung".[6] Die Bundesregierung sollte in Umsetzung dieses Bekenntnisses konsequent menschenrechtliche Risikoanalysen sowie unabhängiges Monitoring und anonyme, niederschwellige Beschwerdemechanismen für Projektpartner vorsehen. Eine konsequente Verankerung von Menschenrechtsstandards leistet einen nachhaltigen Beitrag zu politischer Stabilität und ist somit im langfristigen Interesse einer stabilen Nachbarschaft.

5. Zivilgesellschaft, Wissenschaft, kulturelle Räume und lokale Konfliktbearbeitung langfristig fördern: Die Förderung von Zivilgesellschaft, Kunst- und Kulturschaffenden, Wissenschaft und Forschung sowie Studierenden aus nordafrikanischen Staaten stellt einen wichtigen Ankerpunkt für österreichische und europäische Außenpolitik als maßgebliche Ergänzung zu zwischenstaatlicher Diplomatie und wirtschaftlicher Kooperation dar. Die Schaffung beziehungsweise Sicherung von zivilgesellschaftlichen Freiheitsräumen sollte konsequent an Wirtschaftskooperationen und Investitionsentscheidungen gekoppelt werden. Ein konkretes Instrument österreichischer Nordafrikapolitik liegt auch in der langfristigen Förderung von lokalen Kapazitäten für Dialog, Mediation und gewaltfreie Konfliktbearbeitung.

6. Soziale Mobilität als Sicherheits- und Friedensfrage verstehen: Fortbestehende beziehungsweise sich verschärfende soziale Ungleichheiten und schwindende Perspektiven für soziale Mobilität konterkarieren ein Kernanliegen der Protestbewegungen von 2011. Wenn Verteilungsfragen im Rahmen von Wirtschaftskooperationen und wirtschaftlicher Unterstützung mit Tunesien und Ägypten unberücksichtigt bleiben, besteht das Risiko, dass strukturelle Ungleichheiten verfestigt und mittel- bis langfristige Destabilisierungsdynamiken verstärkt werden. Ein möglicher Hebel könnte dabei auch im Beharren auf sozialer Absicherung von wirtschaftlichen Partnerschaften liegen. Mögliche Ansatzpunkte wären soziale Folgenabschätzungen bei größeren Investitionsprojekten sowie die konsequente Koppelung von Partnerschaften an die Schaffung von Bildungs- und Qualifizierungsangeboten, insbesondere für junge Menschen und in strukturell benachteiligten Regionen. Wirtschaftliche Investitionen können so langfristigen Destabilisierungsrisiken entgegenwirken und zu friedlicheren Gesellschaften in der unmittelbaren europäischen Nachbarschaft beitragen.

6 Bundeskanzleramt, „Vortrag an den Ministerrat: Österreichische Afrikastrategie 2026–2029", Wien, Bundeskanzleramt, 2026, URL: https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:44692490-aa69-4617-afce-d0662171edf6/55_10_mrv.pdf, letzter Zugriff: 22. September 2026.

Austrian
Centre for Peace
SCHLAINING · VIENNA